

WOCHENSCHAU

Spritpreise auf Rekordniveau

MICHAEL
MINICHBERGER

8 6 Euro. So viel kostete dieser Tage ein Mal Volltanken bei einer günstigen Tankstelle in Salzburg. Noch teurer ist es am Land, abenteuerlich wird es an der Autobahn. Die Spritpreise sind auf Rekordhöhe, unter 1,40 Euro ist der Liter Diesel, Normal- oder Superbenzin kaum zu bekommen. Eine Trendumkehr zeichnet sich nicht ab, eher eine weitere Verteuerung. Die Wirtschaft verweist auf die komplizierte Lage am Rohstoffmarkt (was auch immer das bedeutet), der Staat wird in nächster Zeit kaum auf einen Teil der üppigen Steuereinnahmen (ca. 50 Prozent des Spritpreises) verzichten.

Zahlreichen Pendlern ist das Lachen längst vergangen. Während das amtliche Kilometergeld seit 2008 unverändert ist, sind die Preise um rund ein Fünftel gestiegen.

Das Auto ist keine heilige Kuh, die Reduzierung des Individualverkehrs eine wichtige Aufgabe. Diese darf aber nicht ausschließlich über die Preisgestaltung verfolgt werden. Sonst trifft es eine Gruppe am härtesten, die es ohnehin nicht leicht hat. Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen, die beruflich oder privat auf den Pkw angewiesen sind, die durch das Pendeln viel an Freizeit verlieren, denen von ihrem Bruttogehalt schon jetzt wenig übrig bleibt. Sie werden mit einem weiteren Reallohnverlust bestraft.

Um den Autoverkehr einzudämmen, braucht es Alternativen und Anreize, für die Pendler Entlastung.

Was meinen Sie?
swcr@salzburg.com

„Grundverkehrsgesetz bleibt weiter zahnlos“

Zweitwohnsitze. Eine Novelle des Gesetzes soll illegale Zweitwohnsitze künftig verhindern. Doch das bezweifelt Anwalt Siegfried Kainz.

SAALFELDEN (simo). Rechtsanwalt Siegfried Kainz ist vorwiegend im Liegenschafts- und Immobilienrecht tätig. Er kennt wesentliche Punkte der Novelle, die vor dem Sommer im Landtag beschlossen werden soll. Er vermisst dabei die europarechtliche Komponente. „Das Europarecht genießt ja Anwendungsvorrang vor Bundes- und Landesrecht“, sagt Kainz. Er hält deshalb die Novelle als keineswegs erfolgversprechend im Sinne einer Eindämmung der Problematik.

Er sieht vielmehr ein „Politikum“ und ist sich sicher, dass „Grundverkehr und Raumordnung auf Landesebene ein Wahlkampfthema werden“. Es werde vieles reißerisch dargestellt, die Wahrheit liege woanders. „Das Gesetz wird verlagert von der Raumordnung in den Grundverkehr, es bleibt aber zahnlos.“

Schwaches Tiroler Modell

Salzburg übernehme zu einem guten Teil das Tiroler Modell, das habe sich jedoch als wenig wirksam erwiesen. „Dort muss der Käufer gegenüber der BH eine Erklärung abgeben, dass es sich um keinen Zweitwohnsitz handelt. Das wird jetzt auch bei uns gefordert. Warum man sich bei uns soviel davon erwartet, ist mir schleierhaft. In Tirol gibt die Erklärung jeder ab, da muss man sich nichts vormachen, und es gibt dennoch zig neue Zweitwohnsitze.“



Siegfried Kainz beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Ausländergrundverkehr. Bild: SW/SIMO

In der Realität passiere nämlich wenig bis nichts. Grund dafür seien zum einen fehlende Ressourcen in Bezug auf Kontrolle und zum anderen gute Argumentationen.

„Leute mit Kapital können bei uns immer etwas kaufen.“

Siegfried Kainz, Anwalt

„Eine Schauspielerin hat damit argumentiert, dass sie sich an ihrem Tiroler Wohnsitz auf Rollen vorbereite. Es gab den Fall eines ‚Arbeitswohnsitzes‘, das wurde akzeptiert.“ In der EU werde die Thematik anders gesehen, sagt der Anwalt und erläutert: „Manche Leute haben ja fünf, sechs Wohnsitz auf der ganzen Welt. Oft kaufen Firmen, die vermieten weiter, dann ist es ein Firmensitz. Das ist auch ein gängiger Weg für Russen. Und in England gibt es keine Meldepflicht.“

Kainz wünscht sich, dass die Experten des Landes Anwälte, die mit der Sache vertraut sind, in die Gespräche einbinden. „Ich bin bestrebt, Gemeinden mit an Bord zu bekommen.

Fronten aufbauen ist falsch, am längeren Ast ist ja das Europarecht, das teilweise mit Füßen getreten wird.“ Mancher Amtsleiter sei sogar „päpstlicher als der Papst“ und gebe falsche Auskünfte: „Sie schrecken mögliche Käufer ab, sagen ihnen, dass sie nichts kaufen könnten.“ Nicht vergessen dürfe man die heimische Wirtschaft, die stark vom Grundverkehr profitiere. „Neubauten, Umbauten, Renovationen, davon leben viele Firmen gut.“

Gemeinden profitieren

Probate Mittel um den Zweitwohnsitzen entgegen zu steuern seien die Baulandsicherung und die Vertragsraumordnung. „Gemeinden haben es in der Hand Grün- in Bauland umzuwidmen.“ Und in den Gemeindegeldern flöbe bei jedem Kauf die Grunderwerbssteuer. „Das sind 3,5 Prozent der Kaufsumme, 96 Prozent davon bekommen die Gemeinden. Das hören Bürgermeister nicht gerne.“

Für richtig hält Kainz das touristische Vermietungsverbot von Wohnungen außerhalb von Zweitwohnsitzgebieten. Aber er sieht Mängel: „Warum gilt es erst ab fünf Einheiten? Das ist noch nicht ausjudiziert.“